

3821/J XXI.GP

Eingelangt am: 30.04.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Verzetnitsch, Mag. Maria Kubitschek
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend **der Ankündigung des österreichischen Finanzministers, die ÖIAG in der
nächsten Legislaturperiode aufzulösen**

Nach dem Bundesministeriengesetz fallen unter anderem die allgemeine Regierungspolitik und die wirtschaftliche Koordination in die Zuständigkeit des Bundeskanzlers. Als eine der tiefgreifendsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der FPÖ/ÖVP- Regierung zeigt sich die Veräußerungspolitik in Bezug auf Unternehmen im Besitz oder mit Beteiligung der Republik Österreich.

Die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion fordert daher auch die Verantwortung des Bundeskanzlers hinsichtlich der unprofessionellen, unternehmensschädigenden und mitarbeiterfeindlichen Vorgangsweise im Rahmen der Privatisierungsvorhaben dieser Regierung ein.

Die österreichische Bundesregierung hat seit ihrem Antritt den vorbehaltlosen Ausverkauf von öffentlichem Eigentum in Angriff genommen. Neben dem Verkauf riesiger Waldflächen der Österreichischen Bundesforste und der Einleitung des Verkaufs der Trinkwasserressourcen unseres Landes, wurden für den Standort Österreich wichtige Unternehmungen aus dem Besitz der ÖIAG veräußert. Dafür wurden zahlreiche hervorragende Manager - zum Teil unter Aufbringung horrender Ablösesummen - entfernt sowie bei der Telekom Privatisierung ein weltweit registriertes Börsendebakel in Kauf genommen.

Die Verabschiedung der öffentlichen Hand von jeder wirtschaftspolitischen Ambition für wichtige österreichische Unternehmungen und deren Beschäftigte wurde zum Programm erhoben. Die Möglichkeiten, wirtschaftspolitische Maßnahmen in industriellen Schlüsselsektoren sowie Infrastruktureinrichtungen zur strategischen Absicherung von Konzernzentralen in Österreich zu setzen, werden damit bewusst außer Acht gelassen.

Dies bedeutet für die Zukunft, dass die Chancen des Wirtschaftsstandortes Österreich, die Zukunft erfolgreich zu bewältigen - auf Grund aller internationalen Erfahrungen - ohne österreichisches Eigentum deutlich geschmälert ist.

Diese neoliberalen Rezepte von vorgestern mit Leuten von gestern zugunsten der FOP's (Friends of Prinzhorn) umzusetzen, erreicht mit der jüngsten Aussage des Finanzministers, die ÖIAG in der nächsten Legislaturperiode vollständig aufzulösen, einen neuen Höhepunkt. Während seit Monaten immer öfter Nationalstaaten - u. a. die USA - vermehrt staatliche Anstrengungen unternehmen, um ihren Standort, ihre industriellen Kernunternehmen und Forschungseinrichtungen wieder verstärkt zu unterstützen, bleibt die blau-schwarze Bundesregierung bei ihrem gefährlichen rückschrittlichen Wirtschaftsdogma auf diesem Gebiet auch für den von ihr erhofften Fall einer zweiten Legislaturperiode.

Bereits im April 2000 prophezeiten Sie als Bundeskanzler der Republik Österreich der unter politischer Zeitvorgabe stehenden Börseneinführung der Telekom Austria eine "höchst erfolgreiche Privatisierung". Tatsächlich geriet die Platzierung von Anteilen der Telekom an der Börse auf Grund krasser Fehlentscheidungen zum Desaster. Dass andere Aktienverkäufe nicht ebenso danebengingen, ist der noch immer vorhandenen Professionalität der ÖIAG, trotz ihrer politischen Begleitung.

Erschreckend ist auch Ihre gefährliche Marktgläubigkeit, die in dem Zitat "*das ist der unbestechliche Markt. Der Markt entscheidet.....* ", zum Ausdruck kommt. Auch diesen neoliberalen Ansatz ist die Wirtschaftswissenschaft gerade dabei, ins Museum der Irrungen zu bringen.

Und wenn Sie sich rühmen die "Nabelschnur zu den Unternehmen" abgetrennt zu haben, vergessen Sie dabei zu erwähnen, dass Sie sich damit möglicher Instrumente zur Entwicklung moderner Rahmenbedingungen für eine österreichische Industriepolitik selbst beraubt haben.

Diese Bundesregierung, der Sie als Bundeskanzler vorstehen, will sich offensichtlich der Verantwortung für mehr als 108.000 Menschen entledigen und einem plumpen Privatisierungsdogmatismus den Vorzug geben!

Die Österreicherinnen und Österreicher stellen dieser Verscherbelung des Familiensilbers ein Armutszeugnis aus: 46% der Befragten bezeichnen die Privatisierung staatlicher bzw. staatsnaher Unternehmen als Verschleuderung von Staatseigentum. 83% sprechen sich für Minderheitsbeteiligung aus. Nur 13% sind für die völlige Rückziehung des Staates.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Ist die Aussage des Bundesminister Grasser, dass Auflösung der ÖIAG in der nächsten Legislaturperiode das Ziel sein muss, bereits Teil der mit dem Bundeskanzler abgestimmten, offiziellen Regierungslinie
2. Wenn nein, kann davon ausgegangen werden, dass die Auflösung der ÖIAG - als Konsequenz einer beabsichtigten Wirtschaftspolitik mit Verkauf/Privatisierung praktisch aller Beteiligungen - bei einer etwaigen neuen Regierungskoalition FPÖVP Ziel sein wird oder ist das nicht zu erwarten?
3. Stimmt diese Aussage Teil mit jenem Unternehmungskonzept des Vorstandes der ÖIAG überein, welches dem Aufsichtsrat präsentiert wurde, wie Aufsichtsratsvorsitzender Heinzl im Rechnungshofausschuss dargelegt hat?
4. Halten Sie es für sinnvoll, öffentlich quasi eine Deadline für die Auflösung der ÖIAG zu nennen und damit potentiellen Investoren einen geplanten Notverkauf anzukündigen?
5. Glauben Sie, dass bei einem Notverkauf höhere Verkaufserlöse erzielt werden könnten?
6. Inwieweit sind die Auffassungsunterschiede zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden der ÖIAG, Heinzl und Rechnungshofpräsident Fiedler, wie sie im Rechnungshofausschuss betreffend Einfluss und Verantwortlichkeit bezüglich der Beteiligungsgesellschaft in der ÖIAG zutage getreten sind, ausgeräumt?
7. Wie lauten die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Wahrung der österreichischen Interessen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Telekom Austria?
8. Sind die Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit einem etwaigen vollständigen Verkauf der Telekom Austria geklärt?
9. Wie weit ist Ihre Absicht, dass Pensionsfonds die Unternehmensbeteiligungen der ÖIAG übernehmen werden, bis heute aufgegangen?
10. Welche Anstrengungen - über Ihre Aussagen in der Öffentlichkeit hinaus - haben Sie zur Realisierung dafür unternommen?
11. Sind Sie auch heute noch wie im Jahr 2000 der Meinung, dass der österreichische Kapitalmarkt für alle beabsichtigten Privatisierungsschritte der Regierung ausreichend aufnahmefähig ist?

12. Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass die österreichische Bundesregierung ohne Schädigung der in Frage kommenden Unternehmungen, des Standorts Österreichs und der Wiener Börse, die Schulden wie vorgenommen vollständig abbauen kann?
13. Welche Beteiligungsinstrumente zugunsten des österreichischen Wirtschaftsstandortes würde eine von Ihnen geleitete Bundesregierung nach Auflösung der GBI und der ÖIAG in Zukunft einrichten?